
Springer-Lehrbuch

Weitere Bände in dieser Reihe
<http://www.springer.com/series/1183>

Peter Hantel

Europäisches Arbeitsrecht

Mit zahlreichen Beispielfällen
aus der Rechtsprechung des EuGH

 Springer

Peter Hantel
FB Wirtschaft, Informatik, Recht
Technische Hochschule Wildau
Wildau
Deutschland

ISSN 0937-7433

Springer-Lehrbuch

ISBN 978-3-662-46893-7

ISBN 978-3-662-46894-4 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-662-46894-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer

© Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Berlin Heidelberg ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
(www.springer.com)

Vorwort

Die Europäische Union hat sich von ihren Ursprüngen als einheitlicher Binnen- und Agrarmarkt zu einer Wirtschafts-, Währungs- und auch Sozialunion entwickelt. Das Ziel der EU-Grundfreiheiten war zunächst die Absicherung unternehmerischer Aktivitäten im Bereich des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sowie einer EU-weiten Niederlassung. Rechte der Arbeitnehmer wurden eher im Zusammenhang mit Garantien für die unternehmerische Handlungsfreiheit berücksichtigt. So wurde im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit betont, dass Unternehmen der gesamte Arbeitsmarkt der EU als Arbeitskräftereservoir zur Verfügung steht. Auch erinnern sich nur wenige daran, dass Ziel des Entgeltgleichheitsgebots weniger der Schutz schlechter bezahlter Frauen, sondern eher der von französischen Unternehmen war. Da nach dem französischen Arbeitsrecht bereits ein Entgeltgleichheitsgebot für Männer und Frauen bestand, sollte anderen Mitgliedsstaaten der Wettbewerbsvorteil einer schlechteren Bezahlung von Frauen durch eine einheitliche EU-weite Regelung genommen werden. Erst im Zuge der Entwicklung zu einer Sozialunion bildeten sich zunehmend arbeitnehmerschützende Prinzipien und Grundlagen heraus, die dann immer größeren Einfluss auf die Arbeitsrechtsordnung der Mitgliedsstaaten hatten. Neben den genannten primärrechtlichen Regelungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Entgeltgleichheit sowie den Regelungen über Diskriminierungsverbote wurden vor allem Verordnungen und Richtlinien zur Konkretisierung der Freizügigkeit und des Gleichbehandlungsgrundsatzes sowie zum Betriebsübergang, zur Massenentlassung, zur Insolvenzsicherung, zu Arbeitszeit- und Urlaubsfragen sowie zu prekären Arbeitsverhältnissen (Teilzeit- und Befristungsbeschäftigungen) geschaffen. Ergänzende EU-rechtliche Regelungen finden sich zudem zu kollektivrechtlichen und zu kollisionsrechtlichen Sachverhalten.

Die vorgenannten Bereiche werden im vorliegenden Lehrbuch im Zusammenhang mit den besonders relevanten EuGH-Entscheidungen erläutert. In Anbetracht der Literaturresistenz des EuGH wird dabei weitgehend auf eine Auseinandersetzung mit Auffassungen des rechtswissenschaftlichen Schrifttums verzichtet. Es werden die Sachverhalte und die EuGH-Leitsätze komprimiert und lesbar wiedergegeben und die Auswirkungen auf die deutsche Rechtslage erläutert. Verordnungen und Richtlinien werden nur insoweit dargestellt und behandelt, als sie für die konkrete Entscheidung von Bedeutung sind. Am Kapitelende werden dann die jeweils relevanten Normen der Verordnungen und Richtlinien in einem Schaubild dargestellt.

Das Lehrbuch richtet sich in erster Linie an Studierende der Rechts-, Wirtschafts- und Europawissenschaften an Universitäten und Hochschulen. Aber auch Rechtsanwälten und Praktikern im Human-Ressource-Management wird mit dem vorliegenden Lehrbuch ein erster Überblick über Grundfragen und Probleme des europäischen Arbeitsrechts im Zusammenhang mit der Darstellung von insgesamt 90 für die betriebliche Praxis besonders wichtigen EuGH-Entscheidungen vermittelt.

Mein Dank gilt den engagierten und kritischen Studenten der Technischen Hochschule Wildau (FH) aus den Studiengängen Europäisches Management, Wirtschaft und Recht und Verwaltung und Recht. Die Diskussion mit ihnen hat die Entwicklung dieses Lehrbuchs erheblich befördert. Dank gilt schließlich auch meiner langjährigen Mitarbeiterin, der Notarfachwirtin Annegret Müller, die durch ihre redaktionelle Hilfe auf die Erstellung und Gestaltung dieses Werkes maßgebenden Einfluss hatte. Ferner danke ich dem Springer Verlag für die gute und effektive Zusammenarbeit bei der Erstellung dieses Lehrbuchs.

Wildau

Peter Hantel

Inhaltsverzeichnis

1	Europarecht und Arbeitsrecht	1
1.1	Grundlagen des Europäischen Arbeitsrechts	1
1.1.1	Ziele des Europäischen Arbeitsrechts	2
1.1.2	Erkenntnis- und Rechtsquellen des Europäischen Arbeitsrechts	2
1.1.3	Begrifflichkeit des Europäischen Arbeitsrechts	3
1.2	Primärrechtliche Grundlagen von Freizügigkeitsregelungen, Diskriminierungsverboten und Gesetzgebungskompetenzen	4
1.2.1	Arbeitsrechtliche Grundfreiheiten, Diskriminierungsverbote und EU-Grundrechte	5
1.2.2	Rechtssetzungskompetenzen für das Europäische Arbeitsrecht	6
1.3	Sekundärrechtliche Regelungen in Verordnungen, Richtlinien und Rahmenvereinbarungen	7
1.3.1	Arbeitsrechtliche relevante EU-Verordnungen und Richtlinien	7
1.3.2	Die Rahmenvereinbarung als spezielle Handlungsform des Europäischen Arbeitsrechts	9
1.4	Auswirkungen des EU-Rechts auf die nationale Arbeitsrechtsordnung	10
1.4.1	Verhältnis des nationalen Arbeitsrechts zum Europäischen Arbeitsrecht	10
1.4.2	Rechtsfolgen für nationales Arbeitsrecht bei einem Verstoß gegen Europäisches Arbeitsrecht	11
1.5	Prozessuale Bedeutung der EuGH-Rechtsprechung	12
1.5.1	Vorlageverfahren nach Art. 267 AEUV	12
1.5.2	Der EuGH als gesetzlicher Richter nach Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG	13
1.5.3	Vertragsverletzungsverfahren nach Art. 258 AEUV	13
1.6	Grundsätze der EuGH-Rechtsprechung	13
1.6.1	Grundsatz der größtmöglichen Wirksamkeit des EU-Rechts	14
1.6.2	Grundsatz der restriktiven Auslegung von Ausnahmeregelungen	14

1.6.3	Weite Auslegung des Arbeitnehmerbegriffs	15
1.6.4	Weite Auslegung des Entgeltbegriffs	17
1.6.5	Spannungsverhältnis zwischen Arbeitnehmerschutz und EU-Grundfreiheiten	18
1.6.6	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Einschränkung von EU-Grundfreiheiten	19
1.7	Internationales Arbeitsrecht	20
2	Art. 45 AEUV als Recht auf Aufenthalt und freien Zugang zum Arbeitsmarkt anderer Mitgliedsstaaten	23
2.1	Subjektives Recht für Arbeitnehmer und auch Arbeitgeber	23
2.2	Beschränkung der Freizügigkeit aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Gesundheit nach Art. 45 Abs. 3 AEUV	25
2.3	Keine Anwendung auf die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung nach Art. 45 Abs. 4 AEUV	26
2.4	Ergänzende Regelungen in der Freizügigkeits-VO sowie in Richtlinie 2004/38/EG	26
2.5	Praktische Fallbeispiele	27
2.5.1	Fall Lawrie-Blum EuGH Slg. 1986, 2121	27
2.5.2	Fall Heylens EuGH Slg. 1987, 4097	29
2.5.3	Fall Kempf EuGH Slg. 1986, 1741	31
2.5.4	Fall Bettray EuGH Slg. 1989, 1621	32
2.5.5	Fall Diatta EuGH Slg. 1985, 567	34
2.5.6	Fall Bonsignore EuGH Slg. 1975, 297	35
2.6	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeits- bzw. verwaltungsrechtliche Praxis	37
2.6.1	Auswirkungen auf nationale Aufenthaltsregelungen	37
2.6.2	Auswirkungen auf den Zugang zur Beschäftigung im Öffentlichen Dienst	38
2.6.3	Auswirkungen auf nationale Regelungen über die gegenseitige Anerkennung von Ausbildungsnachweisen	38
3	Art. 45 AEUV als Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	43
3.1	Verbot der unmittelbaren und mittelbaren Diskriminierung nach Art. 45 Abs. 2 AEUV	43
3.2	Beschränkungsverbot nach Art. 45 Abs. 1 AEUV	44
3.3	Ergänzende Regelungen in der Freizügigkeits-VO sowie in Richtlinie 2004/38/EG	45
3.4	Praktische Fallbeispiele	46
3.4.1	Fall Ugliola EuGH Slg. 1969, 363	46
3.4.2	Fall Schumacker EuGH Slg. 1995, I-225	47
3.4.3	Fall Angonese EuGH Slg. 2000, I-4139	49
3.4.4	Fall Doná EuGH Slg. 1976, 1333	50
3.4.5	Fall Bosman EuGH Slg. 1995, I-4921	52
3.4.6	Fall Graf EuGH Slg. 2000, I-493	55

3.5	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	57
3.5.1	Arbeitsrechtliche Gleichstellung nach Art. 7 Abs. 1 Freizügigkeits-Verordnung	57
3.5.2	Steuerrechtliche Gleichstellung nach Art. 7 Abs. 2 Freizügigkeits-Verordnung	57
3.5.3	Auswirkungen auf die Transfer-Regelungen der Sportverbände	58
3.5.4	Unterscheidung Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	59
4	Art. 45 AEUV als Teilhaberecht an sozialen Vergünstigungen	61
4.1	Gleichbehandlungsgrundsatz bei sozialen Vergünstigungen nach Art. 7 Abs. 2 VO (EU) 492/2011	62
4.2	Erfordernis einer Koordinierung der sozialen Systeme nach VO (EG) Nr. 883/2004	62
4.3	Praktische Fallbeispiele	63
4.3.1	Fall Michel S. EuGH Slg. 1973, 457	63
4.3.2	Fall Echternach EuGH Slg. 1989, 723	64
4.3.3	Fall Vatsouras/Koupatantze EuGH Slg. 2009, I-4585	65
4.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeits- und sozialrechtliche Praxis	68
4.4.1	Gleichbehandlung bei sozialen Vergünstigungen	68
4.4.2	Anspruch auf Sozialhilfe bei Integration im leistungsverpflichtenden Staat	69
5	Unmittelbare und mittelbare Entgeltdiskriminierung nach Art. 157 AEUV	73
5.1	Die Richtlinie 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen in Bezug auf das Arbeitsentgelt	73
5.2	Der Entgeltbegriff in Art. 157 AEUV	74
5.3	Verbot der mittelbaren Entgeltdiskriminierung nach Art. 157 AEUV von Teilzeit- und befristet Beschäftigten	76
5.4	Praktische Fallbeispiele	76
5.4.1	Fall Garland EuGH Slg. 1982, 359	76
5.4.2	Fall Rummler EuGH Slg. 1986, 2101; NJW 1987, 1138	77
5.4.3	Fall Burton EuGH Slg. 1982, 554	79
5.4.4	Fall Jenkins EuGH Slg. 1981, 911	81
5.4.5	Fall Rinner-Kühn EuGH Slg. 1989, 2743	82
5.4.6	Fall Krüger EuGH Slg. 1999, I-5127	83
5.4.7	Fall Bilka EuGH Slg. 1986, 1607	85
5.4.8	Fall Bötzel EuGH Slg. 1992, I-3589	86
5.4.9	Fall Seymour-Smith EuGH Slg. 1999, I-623	88

5.5	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	89
5.5.1	Regelungen zur Entgeltgleichheit im BGB und AGG	90
5.5.2	Entgeltgleichbehandlung und Tarifautonomie	90
5.5.3	Keine Benachteiligung von Teilzeit- und befristet Beschäftigten	91
5.5.4	Unterschiedliche Anwendungsbereiche von Art. 157 AEUV und den Antidiskriminierungs-Richtlinien	92
6	Entgeltdiskriminierung nach Art. 157 AEUV und Gleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherheit	95
6.1	Ausschluss gesetzlicher Sozialversicherungsansprüche aus dem Anwendungsbereich von Art. 157 AEUV	95
6.2	Die Richtlinie 79/7/EWG zur schrittweisen Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit	96
6.3	Praktische Fallbeispiele	97
6.3.1	Fall Defrenne EuGH Slg. 1971, 445	97
6.3.2	Fall Barber EuGH Slg. 1990, I-1889	99
6.3.3	Fall Nolte EuGH Slg. 1995, I-4625	100
6.3.4	Fall Gómez-Limón Sánchez-Camacho EuGH Slg. 2009, I-6525	102
6.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	103
6.4.1	Kein unterschiedliches Rentenzugangsalter in der betrieblichen Altersversorgung	104
6.4.2	Gleichheitsverstoß erfordert Anpassung nach oben	104
6.4.3	Rentenzugangsalter in der gesetzlichen Altersversorgung ..	105
6.4.4	Nachteile für Frauen in der gesetzlichen Altersversorgung ...	105
7	Sonstige Fälle von Geschlechterdiskriminierung nach Art. 10 AEUV	109
7.1	Geschlechterdiskriminierung außerhalb des Entgeltbereichs	109
7.2	Richtlinie 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen in Bezug auf sonstige Arbeitsbedingungen ...	110
7.2.1	Chancengleichheit und Gleichbehandlung außerhalb des Entgeltbereiches	110
7.2.2	Positive Maßnahmen zum Ausgleich von Benachteiligungen	111
7.3	Praktische Fallbeispiele	112
7.3.1	Fall Kirsammer-Hack EuGH Slg. 1993, I-6185	112
7.3.2	Fall Dekker EuGH Slg. 1990, I-3941	113
7.3.3	Fall Webb II EuGH Slg. 1994, I-3567	115
7.3.4	Fall Mary Brown EuGH Slg. 1998, 4185	116
7.3.5	Fall Danosa EuGH Slg. 2010, I-11405	117

7.3.6	Fall Johnston EuGH Slg. 1986, 1651	119
7.3.7	Fall Kreil EuGH Slg. 2000, I-69	122
7.3.8	Fall Marschall EuGH Slg. 1997, I-6363	124
7.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	126
7.4.1	Verfassungsänderung von Art. 12 a Abs. 4 Satz 2 GG und Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG	126
7.4.2	Diskriminierungsschutz nach dem AGG und dem MuSchG	128
8	Verbot der Diskriminierung wegen Alters nach Art. 10 AEUV, Art. 21 GRCh	131
8.1	Schutz vor Diskriminierungen wegen des Lebensalters	131
8.2	Rechtfertigungsgründe nach Art. 4 und 6 der Richtlinie 2000/78/EG	132
8.3	Praktische Fallbeispiele	133
8.3.1	Fall Küçükdeveci EuGH Slg. 2010, I-365	133
8.3.2	Fall Rosenblatt EuGH Slg. 2010, I-9391	135
8.3.3	Fall Hörmfeldt EuGH NZA 2012, 785	138
8.3.4	Fall Prigge u. a. EuGH Slg. 2011, I-8003	139
8.3.5	Fall Hennigs u. Mai EuGH Slg. 2011, I-7965	141
8.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	144
8.4.1	Höchstaltersregelungen als Voraussetzung für die Beendigung von Arbeitsverhältnissen	144
8.4.2	Höchstaltersregelungen als Voraussetzung für die Begründung eines Arbeitsverhältnisses	145
8.4.3	Berufserfahrung statt Lebensalter als Eingruppierungsvoraussetzung	145
9	Verbot der Diskriminierung in sonstigen Fällen, insbesondere wegen Behinderung, ethnischer Herkunft, Rasse und sexueller Ausrichtung	149
9.1	Die Antidiskriminierungs-Richtlinien 2000/78/EG und 2000/43/EG	150
9.2	Fehlende Legaldefinition der Diskriminierungsmerkmale	150
9.3	Subjektiv-rechtliche und objektiv-rechtliche Funktion von arbeitsrechtlichen Diskriminierungsverboten	152
9.4	Praktische Fallbeispiele	153
9.4.1	Fall Navas EuGH Slg. 2006, I-6467	154
9.4.2	Fall Coleman EuGH Slg. 2008, I-5603	155
9.4.3	Fall Meister EuGH NJW 2012, 2497	158
9.4.4	Fall Feryn EuGH Slg. 2008, I-5187	160
9.4.5	Fall Römer EuGH Slg. 2011, I-3591	162
9.4.6	Fall Hay EuGH NZA 2014, 153	165

- 9.5 Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis 167
 - 9.5.1 Weite Auslegung des Begriffs Behinderung im europäischen und deutschen Arbeitsrecht 167
 - 9.5.2 Keine Ungleichbehandlung zwischen gegengeschlechtlicher Ehe und gleichgeschlechtlicher Partnerschaft im Entgeltbereich 169
 - 9.5.3 Keine Rechtfertigung wegen Kundenpräferenzen 170
 - 9.5.4 Auswirkungen auf Darlegungs- und Beweislastfragen 170
- 10 Der Schutz von Leiharbeitnehmern und Teilzeit- und befristet Beschäftigten** 173
 - 10.1 EU-Regelungen zum Schutz von Leiharbeitnehmern 174
 - 10.2 EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarungen zum Schutz von Teilzeit- und befristet Beschäftigten 175
 - 10.3 Praktische Fallbeispiele 176
 - 10.3.1 Fall Webb I EuGH Slg. 1981, 3305 176
 - 10.3.2 Fall Kommission/Deutschland EuGH Slg. 2001, I-8163 ... 178
 - 10.3.3 Fall Kording EuGH Slg. 1997, I-5289 180
 - 10.3.4 Fall Mangold EuGH Slg. 2005, I-9981 181
 - 10.3.5 Fall Küçük EuGH NJW 2012, 989 182
 - 10.3.6 Fall Huet EuGH NZA 2012, 441 185
 - 10.4 Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis 188
 - 10.4.1 Arbeitnehmerschutzregelungen im AÜG 188
 - 10.4.2 Diskriminierungs- und Benachteiligungsverbote nach den §§ 4, 5 TzBfG 189
 - 10.4.3 Sachgrund- und Billigkeitskontrolle bei Befristungen 190
- 11 Arbeitgeberpflichten in Entsendungsfällen (Mindestlohn/ Mindesturlaub)** 195
 - 11.1 Anzuwendende Arbeitnehmerschutzregelungen bei einer vorübergehenden Auslandstätigkeit 196
 - 11.2 Spannungsverhältnis zwischen nationalem Arbeitnehmerschutz und der Dienstleistungsfreiheit nach Art. 56 AEUV 197
 - 11.3 EU-Richtlinie 96/71/EG (Entsende-Richtlinie) zum Schutz entsandter Arbeitnehmer und der Dienstleistungsfreiheit 198
 - 11.4 Praktische Fallbeispiele 200
 - 11.4.1 Fall Guiot EuGH Slg. 1996, I-1905 200
 - 11.4.2 Fall Mazzoleni/ISA EuGH Slg. 2001, I-2189 202
 - 11.4.3 Fall Finalarte EuGH Slg. 2001, I-7831 205
 - 11.4.4 Fall Portugaia Construções EuGH Slg. 2002, I-787 208
 - 11.4.5 Fall Rüffert EuGH Slg. 2008, I-1989 210
 - 11.5 Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis 212
 - 11.5.1 Der Allgemeine Mindestlohn nach §§ 1 Abs. 2, 20 MiLoG in Entsendungsfällen 212

11.5.2	Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG)	213
11.5.3	Beschränkung der Dienst- und Niederlassungsfreiheit durch tarifvertragliche Mindestlöhne	215
12	Arbeitgeberpflichten in Entsendungsfällen (administrative Verpflichtung)	221
12.1	Verpflichtung zur Anmeldung, Auskunftserteilung und Erstellung von Nachweisen und Dokumentationen nach EU-Recht	222
12.2	Verpflichtung zur Anmeldung, Auskunftserteilung und Erstellung von Nachweisen und Dokumentationen nach nationalem Recht	222
12.3	Praktische Fallbeispiele	223
12.3.1	Fall Rush EuGH Slg. 1990, I-1417	224
12.3.2	Fall Arblade EuGH Slg. 1999, I-8453	225
12.3.3	Fall Kommission/Großherzogtum Luxemburg EuGH Slg. 2004, I-10191	228
12.3.4	Fall Kommission/Republik Österreich EuGH Slg. 2006, I-9041	230
12.3.5	Fall Kommission/Bundesrepublik Deutschland (C-244/04) EuGH Slg. 2006, I-885	232
12.3.6	Fall Termiso Limitada EuGH Slg. 2010, I-9133	234
12.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeits- und strafrechtliche Praxis	236
12.4.1	Grundsätzliche Zulässigkeit der deutschen Regelungen über Anmelde-, Dokumentations- und Nachweispflichten	236
12.4.2	Berücksichtigung der EU-Grundfreiheiten bei Einzelfallentscheidungen	238
12.4.3	Arbeitnehmerfreizügigkeit und Entsenderecht	239
13	Arbeitszeit und Urlaubsrecht	241
13.1	Die Richtlinie 2003/88/EG (Arbeitszeit-Richtlinie)	242
13.1.1	Der Begriff der Arbeitszeit	242
13.1.2	Keine Regelung über Zahlungspflichten	243
13.1.3	Schadenersatzansprüche bei Verletzung der Arbeitszeit-Richtlinie	243
13.2	Mindesturlaubsanspruch nach der EU-Arbeitszeit-Richtlinie	243
13.3	Praktische Fallbeispiele	244
13.3.1	Fall Vorel EuGH Slg. 2007, I-331	244
13.3.2	Fall Fuß I EuGH Slg. 2010, I-9849 und Fuß II Slg. 2010, I-12167	247
13.3.3	Fall Schultz-Hoff EuGH Slg. 2009, I-179	250
13.3.4	Fall KHS/Schulte EuGH Slg. 2011, I-11757	252
13.3.5	Fall Neidel EuGH NJW 2012, 2420	254
13.3.6	Fall Bollacke EuGH NJW 2014, 2415	256

13.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	257
13.4.1	Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit nach § 2 Abs. 1 ArbZG	257
13.4.2	Weite Auslegung des Urlaubsabgeltungsanspruchs nach § 7 Abs. 4 BUrlG	258
14	Arbeitnehmerschutz bei Betriebsübergang, Massenentlassungen und Insolvenz	261
14.1	Schutz der Arbeitnehmer bei einem Betriebsübergang	262
14.2	Schutz der Arbeitnehmer bei Massenentlassungen und Insolvenz	262
14.3	Praktische Fallbeispiele	264
14.3.1	Fall Christel Schmidt EuGH Slg. 1994, I-1311	265
14.3.2	Fall Ayse Süzen EuGH Slg. 1997, I-1259	266
14.3.3	Fall Abler EuGH Slg. 2003, I-14023	268
14.3.4	Fall Junk EuGH Slg. 2005, I-885	270
14.3.5	Fall Francovich EuGH Slg. 1991, I-5357	273
14.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	276
14.4.1	Gesetzliche Regelungen in § 613 a BGB	276
14.4.2	BAG-Rechtsprechung zur Funktionsnachfolge	277
14.4.3	BAG-Rechtsprechung zur Entlassungssperre nach § 18 KSchG	278
14.4.4	Regelungen zum Arbeitnehmer-Insolvenzschutz	279
15	Kollektives nationales Arbeitsrecht (Streikrecht) und EU-Freiheiten	283
15.1	Die Beachtung der Dienst- und Niederlassungsfreiheit	283
15.2	Das Streikrecht als Bestandteil des Unionsrechts	284
15.3	Praktische Fallbeispiele	284
15.3.1	Fall Laval un Partneri EuGH Slg. 2007, I-11767	285
15.3.2	Fall Viking EuGH Slg. 2007, I-10779	287
15.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	290
16	Europäischer Betriebsrat/Information und Konsultation von Arbeitnehmervertretern/Nachweis von Arbeitsbedingungen	293
16.1	Primärrechtliche Regelungen nach Art. 153, 151 AEUV	293
16.2	Richtlinie Europäischer Betriebsrat 2009/38/EG (Beteiligung auf transnationaler Ebene)	294
16.3	Unterrichtungs- und Anhörungsrichtlinie 2002/14/EG (Beteiligung auf nationaler Ebene)	295
16.4	Informations-, Anhörungs- und Beratungspflichten in Einzelrichtlinien	295
16.5	Praktische Fallbeispiele	296
16.5.1	Fall Bofrost EuGH Slg. 2001, I-2579	297
16.5.2	Fall Kühne und Nagel EuGH Slg. 2004, I-787	298
16.5.3	Fall Kampelmann EuGH Slg. 1997, I-6907	300

16.6	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	302
16.6.1	Reichweite des EU-rechtlichen Auskunftsanspruchs	302
16.6.2	Deklaratorische Wirkung des NachwG	303
17	Kollisionsrecht hinsichtlich der anzuwendenden Rechtsordnung	307
17.1	Die Verordnung (EG) Nr. 593/2008 (Rom I)	308
17.1.1	Rechtswahl nach Art. 8 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 593/2008	309
17.1.2	Der Arbeitsort als Anknüpfungspunkt	309
17.1.3	Die Niederlassung als Anknüpfungspunkt	310
17.1.4	Ausnahmetatbestand des Art. 8 Abs. 4 Verordnung (EG) Nr. 593/2008	311
17.2	Die Verordnung (EG) Nr. 864/2007 (Rom II)	311
17.2.1	Recht des Staates am Ort des Schadenseintritts	311
17.2.2	Recht des Staates am Ort der Arbeitskämpfmaßnahmen	312
17.3	Praktische Fallbeispiele	312
17.3.1	Fall Koelzsch EuGH Slg. 2011, I-1595	312
17.3.2	Fall Voogsgeerd EuGH Slg. 2011, I-13275	315
17.3.3	Fall Boedeker/Schlecker EuGH NZA 2013, 1163	317
17.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	319
17.4.1	Rechtsfolgen für das individuelle Arbeitsverhältnis	319
17.4.2	Rechtsfolgen für das kollektive Arbeitsrecht	320
17.4.3	Sonstige arbeitsrechtliche Einzelfragen bei der Auslandstätigkeit	321
18	Kollisionsrecht hinsichtlich des Gerichtsstands	325
18.1	Die Verordnung (EG) Nr. 44/2001 (EuGVVO)	326
18.1.1	Zuständigkeit bei Ansprüchen aus Arbeitsverträgen	326
18.1.2	Zuständigkeit bei Ansprüchen aus unerlaubter Handlung	328
18.2	Praktische Fallbeispiele	329
18.2.1	Fall LAG Düsseldorf vom 28.05.2009, 13 Sa 1492/08	329
18.2.2	Fall Mahamdia EuGH NZA 2012, 935	331
18.2.3	Fall DFDS Torline A/S EuGH Slg. 2004, I-1417	335
18.3	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeitsrechtliche Praxis	337
18.3.1	Rechtsfolgen für das individuelle Arbeitsverhältnis	337
18.3.2	Rechtsfolgen für kollektive Arbeitskämpfmaßnahmen	338
19	Kollisionsrecht hinsichtlich des Systems der sozialen Sicherheit	341
19.1	Die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit	342
19.1.1	Kollisionsrechtliche Bestimmungen	343
19.1.2	Konzept der Koordinierung	344
19.2	Die Durchführungs-Verordnung (EG) Nr. 987/2009	345

19.3	Praktische Fallbeispiele	345
19.3.1	Fall Petroni EuGH Slg. 1975, I-1149	345
19.3.2	Fall Paletta II EuGH Slg. 1996, I-2357	347
19.3.3	Fall Dafeki EuGH Slg. 1997, I-6761	348
19.3.4	Fall Fitzwilliam Technical Services (FTS) EuGH Slg. 2002, I-883	350
19.3.5	Fall Dano EuGH NJW 2015, 145	353
19.4	Auswirkung auf die deutsche Rechtsordnung und die arbeits- und sozialrechtliche Praxis	356
19.4.1	Das sozialversicherungsrechtliche Günstigkeitsprinzip	357
19.4.2	Keine geringere Beweiskraft von Dokumenten aus EU-Mitgliedsstaaten	358
19.4.3	Grenzen eines EU-weiten Anspruchs auf Sozialhilfe	360
	Literatur	363
	Sachverzeichnis	365

Abkürzungsverzeichnis

a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEntG	Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
Anm.	Anmerkung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbG	Arbeitsgericht
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
Art.	Artikel
AÜG	Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz)
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAT	Bundesangestelltentarif
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BEEG	Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz)
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CEEP	Europäischer Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)

ders.	derselbe
d. h.	das heißt
EBRG	Gesetz über Europäische Betriebsräte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EU	Europäische Union
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung 44/2001 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuGVÜ	Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
ff.	fortfolgende
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
i. d. R.	in der Regel
i. S.	im Sinne
i. V. m.	in Verbindung mit
InsO	Insolvenzordnung
IPR	Internationales Privatrecht
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristen Zeitung
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
lfd.	laufend(e)
LG	Landgericht
Ltd.	private limited company by shares
MuSchG	Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht – Rechtsprechungsreport
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)

RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Seite
SGB	Sozialgesetzbuch
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften
sog.	sogenannt
StGB	Strafgesetzbuch
TVG	Tarifvertragsgesetz
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
TzBfG	Teilzeit- und Befristungsgesetz
u. a.	und andere/unter anderem
Unterabs.	Unterabsatz
UNICE	Union der Industrie- und Arbeitgeberverbände Europas
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
z. B.	zum Beispiel
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes